Antrag

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Markus Kranig, Dr. Anke Frieling,
Dennis Thering, Silke Seif, Ralf Niedmers, Christin Christ (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Verbesserung des Gewässerschutzes durch Einführung einer vierten
Reinigungsstufe im Hamburger Kläranlagenverbund – Schutz von Elbe
und Nordsee vor Mikroschadstoffen und multiresistenten Keimen**

Die Reinhaltung unserer Gewässer zählt zu den zentralen umweltpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. In einer Stadt wie Hamburg, die in besonderer Weise mit ihren Flüssen, Kanälen und der Nähe zur Nordsee verbunden ist, kommt dem Gewässerschutz eine herausragende Bedeutung zu. Der Umgang mit Abwasser ist hierbei ein entscheidender Hebel.

Hamburg betreibt mit dem Klärwerksverbund Köhlbrandhöft/Dradenau eines der leistungsstärksten Klärsysteme Deutschlands. Pro Jahr werden hier rund 150 Millionen Kubikmeter Abwasser gereinigt – aus Haushalten, Gewerbe, Industrie und Regenwasser. Trotz moderner Reinigungsverfahren auf drei Stufen verbleiben im Ablauf des Klärwerks zahlreiche sogenannte „Mikroschadstoffe“. Dazu zählen unter anderem:

- Mikroplastikpartikel, die aus Kosmetika, Textilien oder Reifenabrieb stammen und dauerhaft in die Umwelt gelangen,
- pharmazeutische Rückstände wie Antibiotika, Antidepressiva oder Hormone,
- illegale Drogenrückstände,
- Haushaltschemikalien sowie
- multiresistente Keime, die das Risiko antibiotikaresistenter Infektionen bei Mensch und Tier erhöhen.

Diese Stoffe durchdringen zunehmend unsere natürlichen Kreisläufe. Sie reichern sich in der Nahrungskette an, schädigen die Tierwelt und gefährden langfristig auch den Menschen – etwa durch Rückführung über Fische oder durch Eintrag ins Grundwasser. Die Elbe und Nordsee stehen hierbei unter besonderem Druck. Gerade Mikroplastikpartikel sind biologisch nicht abbaubar und können sich über Jahrzehnte hinweg in Sedimenten ablagern und weiterverbreiten.

Eine vierte Reinigungsstufe setzt genau hier an. Sie ergänzt die konventionelle mechanisch-biologische Abwasserreinigung um zusätzliche Verfahren wie Ozonierung, Aktivkohlebehandlung, Ultrafiltration oder UV-Bestrahlung. Diese Technologien ermöglichen eine signifikante Reduktion der zuvor genannten Mikroschadstoffe – oft um bis zu 80 bis 95 Prozent. Insbesondere hormonelle Rückstände, Arzneimittlrückstände und Mikroplastik lassen sich so zuverlässig entfernen.

Die Vorteile sind vielfältig:

- Ökologisch: Die biologische Vielfalt in Flüssen, Seen und Meeren wird geschützt. Algenblüten und toxische Belastungen werden reduziert.
- Gesundheitlich: Die Weiterverbreitung multiresistenter Keime kann eingedämmt werden. Der Eintrag potenziell gesundheitsgefährdender Stoffe in Nahrungsketten sinkt.

- Langfristig ökonomisch: Der Aufwand für die Sanierung kontaminierter Gewässer und die Aufbereitung von Trinkwasser sinkt perspektivisch.
- Klimabezogen: Saubere Gewässer binden mehr CO₂ und wirken temperaturregulierend in urbanen Räumen.

Andere Bundesländer gehen hier bereits mit gutem Beispiel voran: In Baden-Württemberg wurden bereits 16 kommunale Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe ausgerüstet, weitere 16 sind in Planung oder im Umbau. Auch in Nordrhein-Westfalen und Hessen wird die Einführung gezielt gefördert. Die dortigen Erfahrungen zeigen, dass eine Umsetzung technisch machbar und gesellschaftlich vermittelbar ist – gerade wenn Transparenz über Kosten, Nutzen und Umweltziele gegeben ist.

Hamburg – als größte norddeutsche Stadt und bedeutender Hafenstandort – sollte hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Die vierte Reinigungsstufe ist keine Option mehr, sondern eine notwendige Investition in Umwelt, Gesundheit und Zukunftssicherheit. Je länger die Umsetzung verzögert wird, desto größer werden die ökologischen Schäden und desto teurer die späteren Reparaturmaßnahmen.

Insofern ist es geboten, die politische Priorität dieser Maßnahme zu erhöhen, Planungssicherheit herzustellen und unter Beteiligung der Öffentlichkeit sowie unter Berücksichtigung sozialer Aspekte eine zügige Umsetzung zu ermöglichen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. der Bürgerschaft bis spätestens zum 31. Dezember 2025 einen ausführlichen Bericht vorzulegen, aus dem hervorgeht,
 - a. welche verfahrenstechnischen Optionen zur Ergänzung der Kläranlage Draudenau um eine vierte Reinigungsstufe bestehen,
 - b. welcher Umsetzungszeitraum realistisch angesetzt werden kann,
 - c. mit welchen einmaligen Investitionskosten und wiederkehrenden Betriebskosten zu rechnen ist,
 - d. in welchem Maße eine Kostenumlage auf die Nutzerinnen und Nutzer erfolgen müsste;
2. dabei auch über die Erfahrungen anderer Bundesländer (insbesondere Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen) zu berichten, insbesondere hinsichtlich der technischen Umsetzung, Fördermöglichkeiten und Akzeptanz in der Bevölkerung;
3. darzulegen, wie eine mögliche stufenweise Umsetzung ausgestaltet werden könnte, um sowohl dem Umweltinteresse als auch der sozialen Verträglichkeit Rechnung zu tragen.